

# **Betreuungs- und Unterbringungsverfahren**

für die gerichtliche, anwaltliche, behördliche  
und Betreuungspraxis

von

**Dr. Martin Probst**

Vorsitzender Richter am Schleswig-Holsteinischen  
Oberlandesgericht

2., völlig neu bearbeitete  
und wesentlich erweiterte  
Auflage

---

ERICH SCHMIDT VERLAG

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter:**

ESV.info/978 3 503 12039 0

ISBN 978 3 503 12039 0

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2010  
[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: schwarz auf weiss, Berlin  
Druck: Hubert & Co., Göttingen

## **Vorwort zur zweiten Auflage**

„Betreuung“ und „Unterbringung“ kommen nicht zur Ruhe. Dies gilt auch für ihr Verfahrensrecht.

Ursachen sind nicht nur demographische, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Aktuell prägend wirkt weit mehr die Überlagerung von Reformansätzen. Die Umsetzung des 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetzes ist noch nicht verarbeitet, gleichwohl steht das Betreuungs- und Unterbringungsverfahren vor der nächsten großen Umstrukturierung.

Gemeint ist neben der am 1. September 2009 in Kraft tretenden gesetzlichen Regelung des Rechts der Patientenverfügungen durch das 3. Betreuungsrechtsänderungsgesetz vor allem das neue „Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ (FamFG), ein Gesetz, das ebenfalls ab dem 1. September 2009 nach und nach das alte FGG ablösen wird. Wie schon der Name zeigt, kam der Reformanstoß von außen. Eine derart intendierte Gesamtkodifikation kann für das System des Betreuungs- und Unterbringungsverfahrens zu Spannungen führen.

Diese zu vermindern und zugleich den Umstieg vom FGG auf das FamFG zu erleichtern, ist vor allem Ziel dieser Neuauflage. Deshalb und angesichts der Parallelgeltung beider Verfahrensordnungen noch für geraume Zeit werden neues und altes Recht möglichst einander gegenüber gestellt. Wie schon mit der Voraufgabe wird ein Verständnis des Verfahrensrechts als System in Abhängigkeit vom materiellen Recht und gesellschaftlichen Wirkungsbedingungen angestrebt.

Für eilige Leser empfiehlt sich ein erster Überblick über die für das Betreuungs- und Unterbringungsverfahren bedeutsamen Neuregelungen des FamFG unter Abschnitt D. Literatur wurde in einer Auswahl berücksichtigt. Rechtsprechung wurde bis Juni 2009 ausgewertet. Im Anhang sind die wichtigsten aktuellen Vorschriften des Verfahrens- und Vergütungsrechts auszugswise abgedruckt. Anregungen und Verbesserungsvorschläge nehme ich gerne entgegen.

Schleswig, im Juli 2009

Martin Probst

## Vorwort zur ersten Auflage

„Hilfe statt Bevormundung“ versprochen das 1992 in Kraft getretene Betreuungsrecht und das gleichzeitig reformierte Unterbringungsverfahrensrecht.

Ob ein derartiges Versprechen eingehalten werden kann, hängt von vielen Faktoren ab: von der Akzeptanz Schwächerer durch Staat und Gesellschaft sowie den richtigen Grundentscheidungen des materiellen Betreuungs- und Unterbringungsrechts, von der notwendigen sozialen Infrastruktur und den notwendigen finanziellen Ressourcen, von der richtigen Schulung und Intention der Rechtsanwender, aber auch von einem Verfahrensrecht, das den Schwächeren achtet und es überhaupt erst ermöglicht, zu sachgerechten Entscheidungen zu gelangen. Ergebnis der sozialen Dynamik von Betreuungs- und Unterbringungsrecht ist es, dass – obgleich Bestandteil des Verfahrens der Freiwilligen Gerichtsbarkeit – zwischenzeitlich von einem eigenständigen Recht des Betreuungs- und Unterbringungsverfahrens gesprochen werden kann.

Dessen konzentrierte Darstellung steht im Zentrum dieses Buches, das sich gleichermaßen an Richterinnen und Richter, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte richtet wie an Lehrende und Studierende in Universitäten und Fachhochschulen, an Betreuerinnen und Betreuer, an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Betreuungsbehörden, Betreuungsvereinen, Gesundheitsbehörden und Kliniken sowie an rechtlich interessierte Laien. Neben der Darstellung der verfahrensrechtlichen Strukturen, Rechte, Situationen und – auch praktischen – Fragen nicht vergessen werden jedoch die notwendigen Bezüge zum materiellen Recht sowie die Einordnung des geltenden Rechts in die rechtspolitische Entwicklung.

Insoweit beruht die Darstellung zum Teil auch auf Erfahrungen, die der Verfasser in einem Landesjustizministerium bei Begleitung und Umsetzung des (ersten) Betreuungsrechtsänderungsgesetzes 1998 und noch bei Konstituierung der zur Vorbereitung des 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetzes eingerichteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe Betreuungsrecht sammeln konnte. Ziel ist deshalb auch, den zumeist nur in bestimmten Segmenten des Betreuungs- oder Unterbringungsverfahrens tätigen Rechtsanwendern einen stärker konzeptionellen Blick auf die Gesamtheit des Betreuungs- und Unterbringungswesens zu ermöglichen und damit einen Blick auf die Rahmenbedingungen rechtlicher Entscheidungen.

Die Darstellung berücksichtigt bereits die durch das 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetz eingetretenen Rechtsänderungen. Für eilige Leser emp-

## *Vorwort*

fielt sich insoweit der erste Überblick unter Abschnitt D. Die Diskussion um ein sich auf die Wahrung der Patientenautonomie konzentrierendes weiteres Betreuungsrechtsänderungsgesetz wird gestreift.

Literatur wurde in einer Auswahl berücksichtigt. Rechtsprechung – insbesondere auch diejenige des künftig leider fortfallenden Bayerischen Obersten Landesgerichts – wurde bis April 2005 ausgewertet. Im Anhang sind die wichtigsten aktuellen Vorschriften des Verfahrens- und Vergütungsrechts auszugsweise abgedruckt. Anregungen und Verbesserungsvorschläge nehme ich gerne entgegen.

Schleswig, im Mai 2005

Martin Probst

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage .....	5
Vorwort zur ersten Auflage .....	6
Abkürzungsverzeichnis .....	13
<b>A. Das Verfahren in Betreuungssachen .....</b>	<b>17</b>
1. Zielsetzung und Grundstrukturen .....	17
2. Sachliche und örtliche Zuständigkeit sowie Abgabe des Verfahrens .....	27
3. Internationale Zuständigkeit und internationales Betreuungsrecht .....	34
4. Aufgabenverteilung zwischen Richter und Rechtspfleger .....	38
5. Aufgabenverteilung zwischen Betreuungsgericht, Betreuungsbehörden und Bundesnotarkammer .....	44
6. Betreuungsverfahren und Betreuungsalternativen: Vorsorgevollmacht, gesetzliche Vertretung durch Angehörige und „andere Hilfen“ .....	53
7. Beteiligte am Betreuungsverfahren und ihre Verfahrensrechte .....	59
7.1 Rechtsstellung des Betroffenen .....	59
7.2 Rechtsstellung naher Angehöriger, Vorsorgebevoll- mächtigter und sonstiger nahestehender Personen .....	69
7.3 Rechtsstellung der Betreuungsbehörde .....	76
7.4 Rechtsstellung des Vertreters der Staatskasse .....	79
7.5 Rechtsstellung des Verfahrenspflegers .....	81
7.6 Rechtsstellung des Betreuers .....	90
8. Typische Verfahrensgestaltungen im erstinstanzlichen Betreuungsverfahren .....	96
8.1 Einrichtung einer Betreuung und Bestellung eines Betreuers .....	96
8.1.1 Handlungsrahmen und Verfahrensgestaltung .....	96
8.1.2 Sachverhaltsermittlung .....	104
8.1.3 Betreuerbestellung .....	114
8.2 Bekanntmachung und typische Nebenentscheidungen .....	120
8.3 Abänderungsverfahren .....	124
8.4 Eilmaßnahmen und einstweilige Anordnung .....	135

## Inhaltsverzeichnis

8.5	Allgemeine Aufsicht des Betreuungsgerichts .....	145
8.6	Besondere Aufsicht des Betreuungsgerichts durch Genehmigungsvorbehalte .....	151
8.7	Besondere Aufsicht des Betreuungsgerichts im Bereich der Vermögenssorge .....	157
8.8	Besondere Aufsicht des Betreuungsgerichts im Bereich der Personensorge .....	162
8.8.1	Genehmigung erbrechtlicher Willenserklärungen .....	163
8.8.2	Genehmigung der Wohnungsauflösung und verwandter Rechtsgeschäfte (§ 1907 BGB) .....	164
8.8.3	Genehmigung ärztlicher Maßnahmen (§ 1904 Abs. 1 BGB) .....	169
8.8.4	Abbruch ärztlicher und besonders lebenserhaltender Maßnahmen (§ 1904 Abs. 2 BGB) .....	176
8.8.5	Genehmigung einer Sterilisation (§ 1905 BGB) .....	182
8.8.6	Genehmigung von Unterbringungen und unterbringungs- ähnlichen Maßnahmen (§ 1906 BGB) .....	185
8.9	Aufwendungsersatz und Vergütung .....	193
8.9.1	Arten der Betreuerentschädigung .....	195
8.9.2	Verfahrenswege .....	206
8.9.3	Durchführung der Betreuerentschädigung .....	216
8.9.4	Entschädigung des Verfahrenspflegers .....	229
8.10	Ende und Abwicklung der Betreuung .....	233
9.	Beschwerdeverfahren .....	236
9.1	Beschwerdebefugnis, Beschwerdearten und Beschwerdegegenstand .....	236
9.2	Verfahrensgrundsätze .....	246
9.3	Befristete Erinnerung gegen Entscheidungen des Rechtspflegers und Anhörungsrüge .....	256
10.	Mitteilungen im betreuungsgerichtlichen Verfahren .....	257
11.	Kosten und Wertansatz .....	259
<b>B.</b>	<b>Das Verfahren in Unterbringungssachen</b> .....	<b>267</b>
1.	Zielsetzung und Grundstrukturen .....	267
2.	Zuständigkeit sowie Abgabe des Verfahrens .....	273
3.	Aufgabenverteilung zwischen den am Unterbringungs- verfahren beteiligten Institutionen .....	279
4.	Beteiligte am gerichtlichen Unterbringungsverfahren und ihre Verfahrensrechte .....	281
4.1	Rechtsstellung des Betroffenen .....	281

## *Inhaltsverzeichnis*

4.2	Rechtsstellung naher Angehöriger, Betreuer, Bevollmächtigter und sonstiger nahe stehender Personen ...	287
4.3	Rechtsstellung von Behörden und Institutionen .....	291
4.4	Rechtsstellung des Verfahrenspflegers .....	294
5.	Typische Verfahrensgestaltungen im erstinstanzlichen Unterbringungsverfahren .....	299
5.1	Verwaltungsverfahren .....	299
5.2	Gerichtliche Anordnung einer Unterbringungsmaßnahme ...	302
5.2.1	Handlungsrahmen und Verfahrensgestaltung .....	302
5.2.2	Sachverhaltsermittlung .....	305
5.2.3	Gerichtliche Entscheidung .....	314
5.3	Bekanntmachung und typische Nebenentscheidungen .....	323
5.4	Abänderungsentscheidungen .....	325
5.5	Vorläufige Unterbringung und einstweilige Anordnung .....	327
5.6	Vollzug gerichtlicher Anordnungen und Genehmigungen im Unterbringungsverfahren .....	339
5.6.1	Vorführung, Zuführung und Organisation der Unterbringung .....	339
5.6.2	Zwangsbehandlung .....	349
6.	Beschwerdeverfahren .....	358
6.1	Beschwerdebefugnis, Beschwerdearten und Beschwerde- gegenstand .....	358
6.2	Verfahrensgrundsätze .....	366
6.3	Befristete Erinnerung gegen Entscheidungen des Rechtspflegers und Anhörungsrüge .....	375
7.	Mitteilungen im gerichtlichen Unterbringungsverfahren ...	375
8.	Kosten.....	377
<b>C.</b>	<b>Perspektiven des Betreuungs- und Unterbringungsverfahrens .....</b>	<b>383</b>
<b>D.</b>	<b>Wichtige aktuelle Rechtsänderungen im Überblick .....</b>	<b>387</b>
<b>Anhänge:</b>	<b>Wichtige Rechtsvorschriften des Verfahrens- und Vergütungsrechts .....</b>	<b>389</b>
Anhang 1:	Auszug aus dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der frei- willigen Gerichtsbarkeit (FamFG) .....	391
Anhang 2:	Auszug aus dem Rechtspflegergesetz (RPfLG) .....	441



## *Inhaltsverzeichnis*

Anhang 3: Auszug aus dem Gesetz über die Wahrnehmung behördlicher Aufgaben bei der Betreuung Volljähriger (Betreuungsbehördengesetz – BtBG) .....	445
Anhang 4: Auszug aus der Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister (Vorsorgeregister-Verordnung – VRegV) .....	447
Anhang 5: Auszug aus dem Vormündervergütungsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) .....	451
Anhang 6: Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern (Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz – VBVG) .....	455
Anhang 7: Auszug aus dem Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen des Landes Schleswig-Holstein (Psychisch-Krankengesetz – PsychKG) .....	461
Literaturverzeichnis .....	471
Sachverzeichnis .....	481